

Griechenland und die enttäuschten Hoffnungen

Ein politischer Reisebericht

„Die Hoffnung kommt“ und das strahlende Gesicht von Alexis Tsipras. Mit diesem Plakat gewann Syriza die Wahlen vom 25. Januar 2015 und wurde Regierungspartei. Nach einem halben Jahr ist die damalige Begeisterung verflogen, die Hoffnungen sind zerstört oder zumindest in die Zukunft verschoben. „Wir gewinnen die Zukunft“ steht nun auf den Plakaten von Syriza für die Wahlen vom 20. September, vor dem Hintergrund eines ernst dreinblickenden Tsipras‘, der sich vom einstigen Hoffnungsträger zum Vollstrecker all dessen, was er einst bekämpft hatte, gewandelt hat.

Am Vortag der Wahlen fliege ich nach Athen. Es ist meine vierte Solidaritätsreise, zusammen mit deutschen Gewerkschafter_innen und andern solidarischen Menschen. Oft sind es Randbemerkungen, bei-läufige, fast zufällige Äusserungen, die einen Sachverhalt treffender charakterisieren als tiefschürfende Analysen. Am Sonntagabend, als das Wahlergebnis bereits feststeht, erzählt mir eine Frau aus Deutschland, die nicht zu unserer Reisegruppe gehört, aber im selben Hotel wohnt, sie habe soeben mit einem sturzbetrunkenen Anarchisten gesprochen, der seine Stimme erneut Syriza gegeben hat. Diesmal habe er sich erst danach betrunken, nachdem er im Januar so besoffen gewesen war, dass er gar nicht mehr habe zur Wahl gehen können.

Die Wahl des kleineren Übels

Die tragisch-komische Episode macht deutlich, warum Syriza prozentual fast den gleichen Stimmenanteil erhalten hat wie im Januar. Es ist die Wahl des kleineren Übels. Dies und vor allem auch die Angst vor einer Rückkehr der Rechten haben zum Wahlsieg von Syriza geführt. Hoffnungen macht sich vermutlich niemand mehr. *„Es ist besser, dass Syriza gewonnen hat und nicht die Nea Demokratie“*, bringt es am Montagabend Giorgos, einer der Wortführer der „Offenen Versammlung von Perama“, vorsichtig auf den Punkt. Wir kennen uns seit zwei Jahren und marschierten am 1. Mai 2014 an der Abenddemo in Berlin zusammen in der ersten Reihe. Ich weiss, dass er Mitglied bei Syriza ist – oder war. Er wirkt gesundheitlich angeschlagen und schaut so traurig drein, dass ich es gar nicht wage, ihn darauf anzusprechen.

Seit der gewaltsamen Auflösung der Besetzung des Syntagma-Platzes im Sommer 2011 trifft sich die „Offene Versammlung von Perama“ jeden Montagabend. Die Zahl der Teilnehmenden – mehrheitlich Frauen – schwanke zwischen einigen Dutzend bis zu mehreren Hunderten, erzählt man uns. Die Windrose ist das Symbol der Stadtteilinitiative, die parteipolitisch unabhängig, jedoch keineswegs politisch neutral ist. Denn die vier Himmelsrichtungen stehen für: Selbstorganisation, Solidarität, Widerstand, Umsturz. In diesem verarmten Vorort von Piräus, wo die Arbeitslosigkeit bei über 80 Prozent liegt, stehen Selbstorganisation und Solidarität im Vordergrund. Nahrungsmittelhilfe an bedürftige Familien, kostenloser Nachhilfeunterricht für Kinder, dessen Bedeutung wächst, je mehr das staatliche Bildungswesen zerfällt, aber auch ganz direkte Aktionsformen zivilen Ungehorsams und kollektiven Widerstands wie beispielsweise das Recht auf Stromversorgung oder kostenloser Nahverkehr für Arbeitslose und Studierende.

„Selbstorganisation, Solidarität, Widerstand, Umsturz“

Familien, denen wegen offener Rechnungen der Strom abgeschaltet wurde, werden wieder ans Netz angeschlossen. *„Wie reagiert denn die Elektrizitätsgesellschaft auf diese illegalen Stromanschlüsse?“*, fragt jemand aus unserer Reisegruppe. *„Sie stellen den Strom wieder ab – und wir schalten ihn danach*

wieder an“, lautet die Antwort. Das ist eine der Formen des modernen „Guerillakrieges“ im krisengeschüttelten Griechenland. Eine andere ist die praktische Durchsetzung des kostenlosen Nahverkehrs, indem Leute der Stadtteilinitiative wochenlang Tag für Tag in den Linienbussen mitfahren und die Kontrolleure notfalls handgreiflich hinauswerfen. Die „Offene Versammlung von Perama“ kann als Keim einer künftigen, solidarischen Gesellschaft gelten, die zwischen den Trümmern der bürgerlichen Gesellschaft heranwächst und deren Wurzeln kräftiger und tiefer werden, je länger die Krise andauert.

Ob sich denn seit Januar wirklich nichts geändert habe, warf jemand der deutschen Gäste ein. Die Unterstützung bedürftiger Familien sei doch eine der ersten Massnahmen der neuen Regierung gewesen. Ja, es gebe dieses Gesetz, lautet die Antwort. Doch die Umsetzung sei derart bürokratisch und schwerfällig, dass die Hilfe kaum bei den Betroffenen ankomme. Ganz anders bei der Stadtteilinitiative: *„Bei uns muss niemand zuerst seine Bedürftigkeit nachweisen.“* Ob das Beispiel repräsentativ für ganz Griechenland ist oder ob an andern Orten eine bessere Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und sozialen Bewegungen stattfindet, weiss ich nicht. Es sieht jedoch ganz danach aus, als wären Selbstorganisation und Solidarität die wirksameren Mittel gegen materielle Not als staatliche Hilfsprogramme.

Die Solidaritätsstrukturen als konkrete Alternative zu Spardiktaten und Privatisierungen

Ein anderes Beispiel für die Überlegenheit der Solidaritätsstrukturen gegenüber den staatlichen Institutionen erfahren wir in Thessaloniki. Eine Ärztin, die in der Solidaritätsklinik aktiv ist, kommt soeben von ihrer Schicht auf der Intensivstation eines grossen Krankenhauses. Die Übermüdung steht ihr ins Gesicht geschrieben. Grosse Mühe bereite vor allem das Fehlen elementarster Gegenstände wie Verbandstoff und Handschuhe. *„Das sind Dinge, die nicht viel kosten, aber sie sind nicht mehr vorhanden“*, stellt sie fest. Aus diesem Grund sei sie auch schon so weit gegangen, dass sie solche aus den Vorräten der Solidaritätsklinik ins Krankenhaus mitgenommen habe.

Das Ausbluten der öffentlichen Einrichtungen in Griechenland folgt durchaus einem Kalkül der europäischen Eliten. Indem mit den Spardiktaten der staatlichen Grundversorgung die finanziellen Ressourcen entzogen werden, wird der Boden für die Privatisierung von Bildung und Gesundheit vorbereitet. Für jede Zivilgesellschaft sind letztere unentbehrlich, vergleichbar mit dem Wasser, ohne das es kein Leben gibt und das nun ebenfalls privatisiert werden soll.

In einem Referendum haben zwar 98 Prozent der Bevölkerung von Thessaloniki gegen die Privatisierung ihrer Wasserversorgung gestimmt. Nach dem Willen der EU soll sie dennoch an einen multinationalen Konzern verkauft werden, zumindest teilweise und in mehreren Schritten. Genauer sei noch nicht in Erfahrung zu bringen, erzählen unsere Gesprächspartner der Initiative *„Σώστε το νερό“* (Rettet das Wasser). Sie wirken ratlos und entmutigt. Aufgeben wollen sie dennoch nicht. In ihrer Ratlosigkeit fragen sie uns, wie es in Griechenland weitergehen soll. Was hätten wir bloss antworten sollen?

Hier wie auch bei allen andern Treffen mit Aktivist_innen des Widerstands gegen Spardiktate und Privatisierungen kommt eine grosse Dankbarkeit unserer Reisegruppe gegenüber zum Ausdruck. Es sind weniger die Spendengelder, die wir überbringen und die selbstverständlich sehr willkommen und dringend nötig sind. Es ist vor allem unsere physische Präsenz, die zählt. Die Tatsache, dass wir in unseren Ferien und auf unsere Kosten ein weiteres Mal nach Griechenland gereist sind, gebe ihnen Mut und Zuversicht, um allen Schwierigkeiten zum Trotz weiterzukämpfen. Es sind jeweils sehr ergreifende und berührende Momente gelebter internationaler Solidarität, in denen wir deutlich spüren: Es ist der gleiche Kampf gegen die weitere Ausbreitung moderner Barbarei und für eine solidarische Gesellschaft, der uns eint.

Von entscheidender Bedeutung ist für mich, dass sich auch nach dem Scheitern von Syriza die solidarischen Strukturen weiter ausbreiten. Ihre Zahl hat sich in den letzten drei Jahren verdoppelt. Über vierhundert seien es inzwischen, über das ganze Land verteilt und aus allen Lebensbereichen. Zu den Spardiktaten, die nun auch von Tsipras – im Gleichklang mit Merkel – als alternativlos bezeichnet werden, sind sie zurzeit die einzige konkrete Alternative. Gleichzeitig sind sie weit davon entfernt, die zerfallenden Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft ersetzen zu können. Die solidarischen Kliniken beispielsweise sind Ambulatorien medizinischer Erstversorgung und verfügen nicht über die Einrichtungen eines Krankenhauses. Dennoch weisen sie den Weg in Richtung einer solidarischen Gesellschaft ohne Lohnarbeit und Staat. In einem nächsten Schritt werden möglicherweise die Beschäftigten der Krankenhäuser dafür sorgen, dass dort Menschen ohne Krankenversicherung unentgeltlich behandelt werden. Punktuell dürfte das ohnehin bereits der Fall sein, indem diese heimlich an der offiziellen Administration vorbei geschleust werden – analog zu den illegalen Stromanschlüssen in Perama und an andern Orten.

„Entweder du bringst dich um oder du kämpfst weiter.“

Es sind solche ganz praktischen Antworten, die im Griechenland der enttäuschten Hoffnungen kurzfristig das Überleben in der Krise ermöglichen und aus denen sich längerfristig eine neue politische Alternative entwickeln kann. Auch wenn heute noch niemand weiss, wie sie im Einzelnen aussehen wird. Die Stimmung treffend auf den Punkt gebracht hat eine griechische Genossin, die erzählt, sie habe eine schwere Depression – vermutlich sowohl privater als auch politischer Natur – hinter sich, doch jetzt gehe es wieder: „Entweder du bringst dich um oder du kämpfst weiter – eine andere Möglichkeit hast du nicht.“ Für Menschen, deren Vorfahren für ihre Überzeugungen im Gefängnis saßen, ist es undenkbar zu kapitulieren. Entweder sterben oder weiterkämpfen, diese Haltung ist tief im kollektiven Unterbewusstsein jenes Teils der griechischen Bevölkerung verankert, der sich als politisch links versteht.

Ein Land, das einen Bürgerkrieg durchgemacht hat, der mit Siegern und Besiegten endete, bleibt auch noch Generationen später ein gespaltenes Land, obwohl oberflächlich gesehen die Gräben längst zugeschüttet sind. Es genügt dann ein Ereignis wie das Referendum vom 5. Juli, damit die Risse wieder sichtbar werden. Hier liegt möglicherweise der tiefere Grund, weshalb Tsipras am Tag danach das Gegenteil dessen tat, was von ihm erwartet worden war: Er traf sich mit den Präsidenten der bürgerlichen Parteien, einigte sich mit ihnen darauf, dass das Ergebnis des Referendums wirkungslos bleiben soll und bildete damit faktisch eine Regierung der nationalen Einheit. Die tiefe Spaltung der griechischen Gesellschaft, die sich mit dem Ausbreiten der Krise weiter verschärft, drohte offensichtlich zu werden und musste unverzüglich und um jeden Preis wieder zugedeckt werden. Wie hoch der Preis tatsächlich ist, den all jene zu bezahlen haben, die vor einigen Jahren Syriza zu ihrem Hoffnungsträger gemacht hatten, wird sich in naher Zukunft zeigen, wenn die Auswirkungen des dritten Memorandums spürbar werden.

Hellas Gold zerstörerisch für Mensch und Natur

Es wäre verfehlt und naiv, das Aufbrechen von Gräben und Rissen in der Gesellschaft einfach vorbehaltslos zu bejubeln. Ein Beispiel ist der Konflikt auf der Halbinsel Chalkidiki. In Skouries habe es in der Antike bereits einmal einen ganz kleinen Goldabbau gegeben, erzählt man uns. Dort wachse auch 2000 Jahre später nichts mehr. Das grösste Verbrechen von Hellas Gold bestehe jedoch in der Zerstörung der Dorfgemeinschaft. „Man hat uns gegeneinander aufgebracht.“ Die Spaltung verlaufe oft mitten durch Familie und Verwandtschaft. Oder Nachbarn, die nun nicht mehr miteinander sprechen und verfeindet sind. In den Dörfern um Skouries wird es erst dann wieder Frieden geben, wenn das verbrecherische Bergbauprojekt definitiv begraben ist. Es geht nicht um den kurzfristigen Broterwerb für einen Teil der Bevölkerung, sondern um die Lebensgrundlagen auch der künftigen Generationen.

Das Referendum vom 5. Juli war gewissermassen die Spitze des Eisbergs, welche die unter der Oberfläche liegenden gesellschaftlichen Widersprüche erahnen liess. Treffender wäre vielleicht der Vergleich mit einem verborgenen Vulkan, dessen Temperatur sich erhitzt und abkühlt und vom dem alle wissen: Irgendwann wieder er wieder ausbrechen, wobei noch nicht feststeht, wie stark dann die gesellschaftlichen Heere sind, die sich gegenüberstehen, über welche Waffen sie verfügen werden und welche Formen die Auseinandersetzung annehmen wird.

Die Goldene Morgenröte in der Defensive

Aufgefallen ist mir dieses Jahr bei allen unseren Gesprächspartner, dass die Goldene Morgenröte kaum mehr ein Thema ist. Ganz im Unterschied zu den Solidaritätsreisen vor zwei, drei Jahren. Das dürfte damit zusammenhängen, dass die Faschisten seit dem Mord an Pavlos Fyssas in der Defensive sind. Vor allem aber liegt der Grund darin, dass der Aufruf „Niemand allein in der Krise!“ nicht ungehört verhallte und einen „Krieg der Armen“ untereinander weitgehend verhindert hat. Und wo sich die Nazis in der Öffentlichkeit zeigen, werden sie konsequent bekämpft. All dies hat dazu geführt, dass bei den Wahlen vom 20. September die Goldene Morgenröte nur unbedeutend zugelegt hat. Im Unterschied zu vielen andern europäischen Ländern hat es in Griechenland keine politische Entwicklung nach rechts gegeben. Sie bleibt zwar auch weiterhin eine Gefahr, die nicht verharmlost werden darf. Man soll eine solche aber auch nicht herbeireden und sie grösser machen, als sie ist, indem man dauernd die Goldenen Morgenröte als „drittstärkste Partei“ bezeichnet und dabei verschweigt, dass der Unterschied zur zweitstärksten Partei, der ND, mehr als 20 Prozent beträgt.

Gründe für das Scheitern von Syriza

Noch nie habe ich so lange gebraucht wie dieses Jahr, um meine Reiseindrücke in Worte zu fassen. Es ist alles andere als einfach, in einer derart komplexen, widersprüchlichen Situation die Orientierung nicht zu verlieren. Die Versuchung ist gross, sich entweder weiterhin an Hoffnungen zu klammern, die längst wie Seifenblasen geplatzt sind, oder kurzerhand Sündenböcke – sog. „Verräter“ – ausfindig zu machen, denen man die Schuld für die enttäuschten Hoffnungen zuschieben kann. Fatal wäre es vor allem, wenn nun innerhalb der sozialen Bewegungen jene, die zu der einen oder der andern Tendenz neigen, einander wie Feinde behandeln würden statt weiterhin zusammenzuarbeiten.

Die Stärke von Syriza bestand ja vor allem darin, dass es während Jahren gelungen war, über alle ideologischen Gräben hinweg eine gemeinsame, breite Front aufzubauen. Nur so ist es erklärbar, dass Syriza zum Hoffnungsträger des sozialen Widerstands gegen die Spardiktate auserkoren worden war. Die Gründe, die zum Scheitern von Syriza geführt haben, müssen sorgfältig untersucht werden. Einer davon dürfte darin bestehen, dass nach dem überraschenden Wahlerfolg von 2012, als die Übernahme der Regierung erstmals in greifbare Nähe gerückt war, diesem Ziel alles andere untergeordnet wurde. Dazu gehörte die Schaffung einer straff hierarchisch aufgebauten Partei, wie es von der Mehrheit der Delegierten anlässlich des Parteitags im Juli 2013 beschlossen wurde. Unter diesen Voraussetzungen war es dann eine Frage der Zeit, bis die Spitze sich allmählich von der Basis entfernte und irgendwann verselbständigte.

Diese Entwicklung kann, vor allem rückblickend, ziemlich einfach nachgezeichnet werden. Doch war sie auch unvermeidlich? In einem Mitte September 2015 veröffentlichten Interview sprach **der ehemalige Syriza-Ökonom Jannis Milios** von zwei Seelen innerhalb von Syriza: „SYRIZA hatte **zwei Seelen**. Die eine war **der Reformismus und die Staatsfixierung der traditionellen Linken** - sowohl derjenigen, die aus der sowjetischen Tradition stammt, als auch derjenigen, die eine eurokommunistische Herkunft hat. Die andere Seele war **der Radikalismus der globalisierungskritischen Bewegungen** der ersten Jahre des 21. Jahrhunderts. In der regierenden SYRIZA wurde die erste Seele

viel stärker als die zweite. Leider trifft diese Feststellung auch auf die Mehrheit der Gruppen und Personen zu, die die Laiki Enotita gründeten.“¹

Diese bemerkenswerte Einschätzung könnte der Schlüssel sein, um das Scheitern von Syriza zu verstehen. Die erwähnte „Staatsfixierung der traditionellen Linken“ hat sich seit jeher als Sackgasse erwiesen. Dies gilt erst recht für eine Zeit, in welcher die spätkapitalistische Barbarei, für die sich der Begriff „Neoliberalismus“ eingebürgert hat, im Begriff ist, alle öffentlichen Dienste, für die bisher der bürgerliche Staat zuständig war, zu privatisieren. Spielräume für einen Reformismus im ursprünglichen, positiven Sinn sind offensichtlich keine mehr vorhanden. Tsipras' Strategie, die europäischen Eliten mit „richtig harten Verhandlungen“ zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen, ist kläglich gescheitert – was nicht automatisch heisst, dass nicht andere in andern Ländern nochmals dasselbe versuchen werden. Entweder bedingungslose Kapitulation oder „totaler Krieg“ (vorerst wirtschaftlicher Natur), das ist die Botschaft von Merkel und Schäuble an die Völker Europas. Die EU hätte Europa den ewigen Frieden bringen sollen. Nach der erzwungenen Kapitulation Griechenlands Mitte Juli 2015 werden die linken Kräfte nicht Europa nicht darum herumkommen, „das europäische Projekt“ neu zu beurteilen.

Mögliche Perspektiven

Hatten sich die sozialen Bewegungen vor einigen Jahren Syriza als politischen Hoffnungsträger ausgesucht, so sieht es, nachdem diese Hoffnung zerschlagen ist, ganz danach aus, dass die sozialen Bewegungen selbst zum Hoffnungsträger geworden sind. In dieser Situation unbeirrt am Projekt „Syriza“, wie es anfänglich bestand, festhalten zu wollen, dürfte wenig erfolgsversprechend sein. Nicht allein, weil die „Laiki Enotita“ (die linke Abspaltung von Syriza) bei den Wahlen so wenig Stimmen geholt hat, dass ihre Abgeordneten gar nicht mehr im Parlament vertreten sind. Vielmehr bietet diese Wahlniederlage die Möglichkeit, die eigene Strategie gründlich zu überdenken.

Eine linke Regierung, die in einem vom wirtschaftlichen Niedergang gezeichneten Land die Verwaltung des zerfallenden bürgerlichen Staates übernimmt, sieht sich sehr schnell vor unlösbare Probleme gestellt. Eines der schwerwiegendsten kann unter dem Stichwort „Ernährungssouveränität“ zusammengefasst werden: Wie weit ist ein Land, eine Volkswirtschaft, in der Lage, eigenständig die Ernährung seiner Bevölkerung zu gewährleisten? Je stärker die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten ist, desto schwieriger wird es bei einem wie auch immer gearteten „Wirtschaftsembargo“, das bekanntlich im Falle Griechenlands unmittelbar bevorstand. Dies gilt ganz besonders, wenn eine linke Regierung eine solche Situation im Rahmen der bürgerlichen Staats- und Eigentumsordnung bewältigen will.

Vio.Me ist meines Wissens bis jetzt der einzige Industriebetrieb in ganz Griechenland, der nach der Schliessung durch die Eigentümer von der Belegschaft übernommen worden ist. Um die endgültige Stilllegung abzuwenden, die aufgrund der ungeklärten Rechtslage weiterhin droht, hätte die Tsipras-Regierung – wie ursprünglich in Aussicht gestellt – mit einer Gesetzesänderung Vio.Me schützen müssen. Dies hätte einen Präzedenzfall geschaffen, der in die bestehenden Eigentumsverhältnisse eingegriffen und damit zu einer Situation beigetragen hätte, die Tsipras und die Syriza-Mehrheit unter allen Umständen vermeiden wollten: das offene Aufbrechen der Klassengegensätze und ein verschärfter Kampf zwischen den gesellschaftlichen Klassen in Griechenland.

Einmal angenommen, das überwältigende Nein beim Referendum vom 5. Juli wäre von der Syriza-Regierung respektiert worden. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wäre damit ein Prozess ausgelöst worden, der sehr schnell zu einem heftigen Klassenkampf geführt hätte. So hypothetisch die Überlegung inzwischen auch ist, so dürfte zumindest klar sein, dass eine solche Entwicklung, wenn sie erst einmal in Fahrt gekommen ist, weder aufzuhalten noch mit Gesetzesänderungen allein zu handhaben wäre.

¹ www.akweb.de/ak_s/ak608/20.htm

Vielmehr würde sie eine gesellschaftliche Bewegung entfesseln, die den Rahmen der bürgerlichen Legalität und des Staates sprengen würde und die man mit dem Begriff „soziale Revolution“ zusammenfassen kann.

Diese wenigen Gedankengänge machen deutlich, dass kaum mehr Spielraum für eine Lösung im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung vorhanden ist. Weder für die Krise der Wirtschaft noch für die zerfallenden staatlichen Strukturen. Wie die geschilderten Beispiele im Gesundheitswesen und bei der Armutsbewältigung zeigen, sind die erst in Ansätzen vorhandenen, selbstorganisierten Solidaritätsstrukturen bereits heute effizienter als die staatliche Verwaltung. Weit davon entfernt, jene ersetzen zu können, werden sie dennoch zunehmend dazu gezwungen sein, je weniger Geld dem Staat zur Verfügung steht.

Die solidarischen Strukturen zwischen staatlicher Integration und Unabhängigkeit

An diesem Punkt stellt sich die Frage nach der Beziehung zwischen den staatlichen und den selbstorganisierten Strukturen. Werden diese allmählich in jene eingebunden und damit durch den Staat kontrollierbar oder bewahren sie ihre Unabhängigkeit? Und damit, im zweiten Fall, auch ihre gesellschaftsverändernde Kraft, die wachsen wird, je stärker sie sich ausbreiten und je unentbehrlicher sie werden. Jede Antwort jedoch bleibt hypothetisch und ist unweigerlich mit einer Erwartungshaltung verknüpft.

Damit der Staat Einfluss nehmen kann, müsste er finanzielle Mittel zur Verfügung stellen können. Dazu ist er nicht mehr in der Lage und wird es, wie sich die Dinge entwickeln, in Zukunft noch weniger sein. Um dem Volk die Privatisierung bis anhin öffentlicher Dienste schmackhaft zu machen, müssen diese soweit zerstört werden, dass sie niemand vermissen wird, wenn es sie nicht mehr gibt. Privatkliniken statt staatliche Krankenhäuser, Privatschulen anstelle öffentlicher Bildungseinrichtungen. Um solche besuchen zu können, müssen jene, die nicht das Geld dafür haben, sich verschulden. Und wenn sie nicht mehr kreditwürdig sind, bleiben sie davon ausgeschlossen. In Griechenland gilt das für einen wachsenden Anteil der Bevölkerung, dem nur noch die solidarischen Einrichtungen zur Verfügung stehen.

Die Privatisierung und Vermarktung sämtlicher Lebensbereiche ist eine der letzten, noch nicht ausgeschöpften Möglichkeiten zur Kapitalverwertung. Aus diesem Grund werden die herrschenden Eliten an ihren Plänen festhalten, ungeachtet der sozialen Sprengkraft, welche diese unweigerlich beinhalten. Unter solchen Umständen wird die Kluft zwischen jener Minderheit der Bevölkerung, die sich Privatkliniken und private Universitäten leisten kann, und einer wachsenden Mehrheit, der diese verschlossen bleiben, zwangsläufig wachsen. Diese Entwicklung ist in Südeuropa, namentlich in Griechenland, weiter fortgeschritten als im nördlichen Europa. Und allen sozialen Protesten zum Trotz – die mal stärker, mal schwächer, aber überall und in unterschiedlichen Formen immer wieder aufflackern – ist sie in keinem einzigen europäischen Land gestoppt worden. Der Slogan „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ ist ein frommer Wunsch geblieben.

Aus all dem folgt, dass die selbstorganisierten, solidarischen Formen von Widerstand bisher die einzige konkrete (und in bescheidenem Rahmen wirksame) Antwort auf eine Krise darstellen, die nicht nur wirtschaftlicher Natur ist, sondern alle Lebensbereiche umfasst. In Griechenland hat sich diese Alternative inzwischen in einem erstaunlichen Mass entwickelt. Ein besonders schönes Beispiel dafür ist die „Offene Versammlung von Perama“ mit der Windrose als Symbol für: Selbstorganisation, Solidarität, Widerstand, Umsturz. Welche politischen Formen diese Solidaritätsbewegung nach dem Scheitern von Syriza annehmen wird, kann noch niemand wissen. Dass sie die erwähnte „Staatsfixierung der traditionellen Linken“ sprengen wird, davon hingegen bin ich fest überzeugt. - rth